https://politikstube.com/hauptbahnhof-essen-nigerianer-pruegeln-lokfuehrer-bewusstlos/ 12.12.2022

Hauptbahnhof Essen: Nigerianer prügeln Lokführer bewusstlos

Am Wochenende sollen zwei Fahrgäste den Lokführer (41) einer S-Bahn bewusstlos geprügelt haben. Tatort: der Hauptbahnhof in Essen (NRW).

Gegen 23.15 Uhr hatten Reisende am Samstag die Bundespolizei wegen einer gewaltsamen Auseinandersetzung alarmiert. Als die Beamten eintrafen, lag der Lokführer bereits bewusstlos am Boden.

Mutige Zeugen hielten einen der beiden Gewalttäter (36) fest, der andere machte sich aus dem Staub. Kurz darauf konnten Polizisten den flüchtenden Schläger (37) in der Nähe festnehmen. Bei den beiden Männern handelt es sich laut Polizei um Nigerianer.

https://exxpress.at/weil-ukraine-noch-mehr-geld-braucht-nato-leitet-afghanistan-milliarden-um/ 12.12.2022

Weil Ukraine noch mehr Geld braucht: NATO leitet Afghanistan-Milliarden um

18 weitere Milliarden von den EU-Staaten und jetzt nochmals 3,4 Milliarden Euro von der NATO: Das Nordatlantik-Bündnis leitet seine Mittel aus dem Afghanistan-Treuhandfonds nach Kiew um, die Milliarden sollen den Krieg gegen Russland mitfinanzieren.

Für die militärische Unterstützung der westlich orientierten afghanischen Regierung hatten die NATO-Mitgliedsstaaten 3,4 Milliarden Euro gesammelt und im Afghan National Army Trust Fund geparkt. Zum Vergleich: Für die weitere Aufrüstung der afghanischen Armee sollte mehr als der Gegenwert des gesamten österreichischen Verteidigungsbudgets fließen.

Jetzt deckte aber das Politik-Magazin Politico auf, dass die NATO-Führung den noch immer gehorteten Milliarden-Betrag nicht an die Geber-Länder zurücküberweisen will, sondern an die Ukraine auszahlen möchte.

Damit könnte die Regierung in Kiew noch mehr Waffen und Munition für den derzeit nicht wirklich gut verlaufenden Krieg gegen Russland finanzieren, wird dieser Plan begründet. ….

Die EU-Staaten (der eXXpress berichtete) wollen nun trotz des Widerstands Ungarns 18 Milliarden Euro als Darlehen an Kiew überweisen, auch die USA werden mit weiteren Zahlungen die Ukraine auch künftig unterstützen, versprach US-Präsident Joe Biden.

Schon jetzt, noch vor Beschlussfassung zum NATO-Milliarden-Paket, haben die US-Streitkräfte 16 Mi-17-Helikopter, die für die afghanische Regierungsarmee organisiert worden sind, an die Streitkräfte der Ukraine überstellt. ……

https://www.rnd.de/politik/strom-fuer-die-ukraine-baerbock-will-zug-generatoren-einsetzen-MI44C2IU5FDZDNAVR3Z5HHHVO4.html
29.11.2022

Strom für die Ukraine – Baerbock erwägt Einsatz von Zuggeneratoren

…….Technik aus Zügen könnte nach Angaben von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Notversorgung der Ukraine mit Strom helfen. Man zerbreche sich derzeit den Kopf, wie man Generatoren aus Eisenbahnloks ausbauen und dann mit Lastwagen oder Zügen in die Ukraine transportieren könne, sagte die Grünen-Politikerin am Dienstag am Rande eines Nato-Treffens in Bukarest. Das Land brauche große Generatoren, um die Leistung der von Russland zerbombten Kraftwerke zu ersetzen. Dabei sei neben Geld auch „jegliche Kreativität" gefragt.

https://www.bild.de/politik/ausland/politik-inland/alle-konten-eingefroren-jetzt-kommt-kaili-nicht-mehr-an-ihre-geldsaecke-82225988.bild.html
13.12.2022

Jetzt geht's der Schmiergeld-Griechin ans Geld

++ Polizei durchsucht Räume im EU-Parlament ++

Jetzt wird’s richtig ungemütlich für die in Ungnade gefallene EU-Parlamentsvizepräsidentin Eva Kaili (44).

BILD erfuhr: Alle Konten der sozialdemokratischen Politikerin wurden von einem Richter eingefroren – auch die ihrer Familie. Weder ihr Vater Alexander noch ihre Schwester Maddalena kommen nach aktuellem Stand an ihr Geld. Verantwortlich für die Entscheidung ist die unabhängige Anti-Geldwäsche-Behörde.

In Untersuchungshaft muss sie auch, wie am Sonntag bekannt wurde: Die belgische Justiz erließ am Sonntag gegen vier Verdächtige Haftbefehle – darunter laut Angaben aus Justizkreisen auch Kaili. Zudem wurde die Wohnung eines weiteren EU-Abgeordneten durchsucht, wie die Staatsanwaltschaft in Brüssel mitteilte.

Hintergrund: einer der größten Skandale in der Geschichte des EU-Parlaments!

Kaili steht im Verdacht, dass sie sich vom WM-Wüstenstaat Katar hat schmieren lassen, um im EU-Parlament Entscheidungen zugunsten Katars zu beeinflussen – und die Menschenrechtsverletzungen bei ihren Auftritten kleinzureden.

Belohnung: Offenbar buchstäblich Säcke voller Geld. Die Ermittler stellten in ihrer Wohnung 600 000 Euro in Plastiktüten sicher.

Auch Kailis Lebenspartner, der Vater ihres Kindes, Francesco Giorgi (33, parlamentarischer Mitarbeiter der Sozialisten), sitzt als Mitverschwörer im Knast.

In Griechenland kennt Kaili jeder. Sie sagte bei MEGA TV die Nachrichten an, wurde von Fans im Netz als „heißeste Ansagerin des Senders“ gefeiert.

Dann wagte sie den Sprung in die Politik! Als jüngstes Mitglied wurde sie mit 26 in den Stadtrat ihrer Heimat Thessaloniki gewählt, 2007 ging sie ins nationale Parlament. In höchsten Athener Polit-Kreisen war Kailis Nähe

zu russisch-griechischen Oligarchen und asiatischen Öl-Magnaten schon lange Thema.

Mit Ivan Savvides (63) feierte sie nächtelang in den Diskotheken von Thessaloniki. Der Milliardär gilt als Vertrauter von Russen-Despot Wladimir Putin (70). Er besitzt den Fußball-Erstligisten Paok Tessaloniki, lief 2018 mit Pistole aus Spielfeld, weil ihm eine Schiedsrichter-Entscheidung nicht passte. ……

Am Montagabend dann der nächste Schlag: Die belgische Polizei hat Räumlichkeiten des EU-Parlaments in Brüssel durchsucht.

Die belgische Bundesstaatsanwaltschaft informierte über die Durchsuchungen drei Tage nach Bekanntwerden des Korruptionsskandals im EU-Parlament.

► Dabei seien Daten von Computern von zehn parlamentarischen Mitarbeitern beschlagnahmt worden. Die Computer seien demnach seit Freitag „eingefroren" worden, um zu verhindern, dass für die Ermittlung benötigte Daten verschwinden können. …..

https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/rbb-zahlt-pro-jahr-rund-2-5-millionen-euro-fuer-ruhegeld-18526399.html 11.12.2022

Wie der RBB finanziell ausblutet

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg wendet für das sogenannte „Ruhegeld", das ehemalige Spitzenfunktionäre des Senders beziehen, pro Jahr rund 2,5 Millionen Euro aus Gebührengeldern auf. Das hat die Zusammenstellung der „Welt am Sonntag" ergeben. Demzufolge beziehen zurzeit 17 Ehemalige des RBB bis ans Lebensende Ruhegeld, zusätzlich zu ihrer Pension. Bei dem umstrittenen Ruhegeld handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Spezialität. Das Ruhegeld wird nach dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Amt gezahlt. Eine von der „Welt am Sonntag" befragte Arbeitsrechtlerin hält die entsprechenden Verträge für „sittenwidrig". Die Verträge seien „mit den Prinzipien des öffentlich-

rechtlichen Dienstwesens nicht vereinbar" und womöglich als „Untreue zulasten des Senders und der Beitragszahler" zu werten. …..

https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/plasberg-nachfolger-bei-hart-aber-fair-moderator-louis-klamroth-bestatigt-beziehung-zu-luisa-neubauer-9031774.html 15.12.2022

Plasberg-Nachfolger bei „hart aber fair": Moderator Louis Klamroth bestätigt Beziehung zu Luisa Neubauer

In einem Interview betont Klamroth seine journalistische Unabhängigkeit. „Dass meine Partnerin nicht Gast meiner Sendung sein wird, versteht sich doch von selbst", sagt der 33-Jährige.

Fernsehmoderator Louis Klamroth führt nach eigenen Angaben eine Beziehung mit der Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer. Das bestätigte der 33-Jährige am Mittwoch dem Medienmagazin dwdl. „Da ich mit einer Person des öffentlichen Lebens zusammen bin, hat das Publikum aus meiner Sicht einen Anspruch darauf, das zu wissen", sagte Klamroth.

Der 33-jährige Fernsehjournalist übernimmt im Januar die Moderation der ARD-Politiktalksendung „hart aber fair", die bislang von Frank Plasberg moderiert wurde. Einen Auftritt von Luisa Neubauer in der Talksendung könne er jedoch ausschließen. „Dass meine Partnerin nicht Gast meiner Sendung sein wird, versteht sich doch von selbst", sagte Klamroth dem Medienmagazin.

Seine journalistische Unabhängigkeit solle unter der Beziehung zu der 26-jährigen Klimaschutzaktivistin nicht leiden: „Journalistische Unabhängigkeit ist mein Grundsatz. Darauf können sich meine Zuschauerinnen und Zuschauer immer verlassen."

Klamroth arbeitete bisher als Moderator und Journalist für verschiedene deutsche Fernsehsender wie n-tv, ProSieben und das ZDF. Auch besitzt er eine eigene Produktionsfirma. Für seine Polit-Talkshow „Klamroths Konter" bei n-tv erhielt Klamroth vor vier Jahren den Förderpreis des Deutschen Fernsehpreises. (AFP)

https://reitschuster.de/post/ballweg-hofft-jetzt-auf-ex-un-sonderberichterstatter-melzer/ 10.12.2022

Ballweg hofft jetzt auf Ex-UN-Sonderberichterstatter Melzer "Juristische Konstruktionen ersonnen", um Haft zu verlängern

Der inhaftierte Querdenken-Gründer Michael Ballweg hat sich jetzt an den UN-Menschenrechtsrat und den ehemaligen Folter-Sonderberichterstatter der Uno, Nils Melzer, gewandt. Er wirft den deutschen Behörden vor, dass er kein faires Verfahren erhalte. Das teilten seine Anwälte mit. Ballweg sitzt seit fast einem halben Jahr in Untersuchungshaft.

„Bisher hatte Michael Ballweg die Hoffnung auf ein faires Verfahren in einem gegen ihn anhaltslos angestrengten Ermittlungsverfahren", so seine Verteidiger: Dieses Vertrauen sei aber verloren nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 14. November 2022.

Dieses hatte den bis dahin gültigen Haftbefehl wegen mutmaßlich vollendeten Betrugs zwar aufgehoben, aber ihm weiter vorgeworfen, einen „untauglichen Versuch" unternommen zu haben. Damit eröffnete es dem Amtsgericht Stuttgart den Weg, Ballwegs Haft zu verlängern. Bei dem Haftverkündigungstermin hat der Amtsrichter, so der Vorwurf der Anwälte, elementare rechtsstaatliche Prinzipien verletzt.

Ballweg sei klar geworden, „dass er nicht aufgrund falscher juristischer Schlüsse wegen mangelhafter Ermittlungen in Haft gehalten wird, sondern juristische Konstruktionen ersonnen werden, mit dem Ziel ihn weiterhin festzuhalten", so die Anwälte. Nach ihren Angaben wurde Ballwegs komplettes Vermögen, „das nachweislich aus seiner unternehmerischen Tätigkeit vor 2020 stammt, bis auf 300,00 € arrestiert." Damit sei ihm „jede Möglichkeit" genommen worden, „sich angemessen zu verteidigen".

Die Verteidiger beklagen auch, dass Ballweg nach Aufhebung der Vorwürfe aus dem ursprünglichen Haftbefehl viereinhalb Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen habe – und zeitgleich mit der Aufhebung des alten Haftbefehls ein neuer wegen anderer Vorwürfe erlassen wurde. Laut

Anwälten heißt es in dem Gerichtsbeschluss dazu auf Seite 12: „Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Beschuldigte – wie hier – unter Aufhebung des ursprünglichen Haftbefehls freigelassen, aber alsbald aufgrund eines neuen Haftbefehls wieder festgenommen werden müsste."

Das ist ein Vorgehen, das mir aus Russland sehr gut bekannt ist. Und das Oppositionelle dort als „Zersetzung" bezeichnen und als Methode aus dem „Handbuch des KGB". Also Demoralisierung und Psycho-Terror gegen Regierungskritiker. Menschenrechtsorganisationen in Russland kritisieren diese Methoden massiv. …….

https://pleiteticker.de/erste-politikerin-klebt-sich-am-rednerpult-fest/
10.12.2022

Erste Politikerin klebt sich am Rednerpult fest

Die „Letzte Generation" boykottiert den Alltag der Menschen. Sie kleben sich im Straßenverkehr fest, sie beschmieren historische Gemälde mit Öl und blockieren sogar Flughäfen. Nun sind die Methoden der „Letzten Generation" auch in der Politik angekommen. In Köln klebte sich die erste Politikerin am Rednerpult fest.

Es mag sich wie ein schlechter April-Scherz anhören und doch entspricht diese absurde Geschichte der Wahrheit. Die „Letzte Generation" hat es nun auch in die Parlamente geschafft. Zumindest ihre Methoden haben nun Kölner Stadtrat Einzug gehalten. Die Stadträtin Nicolin Gabrysch hat sich in der gestrigen Stadtratssitzung am Rednerpult festgeklebt. Sie sei „sehr verzweifelt" und: „Es kann und darf kein Weiter so geben und deswegen sorge ich jetzt dafür, dass es zumindest hier und jetzt nicht wie üblich weitergeht". Kaum hatte sie die Worte ausgesprochen, klebte sich die Abgeordnete am Rednerpult fest. Aus dem Plenum war vereinzelter Applaus sowie Zwischenrufe zu vernehmen.

Die Sitzung zu unterbrechen, gelang ihr jedoch nicht. Die Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärte: „Wir haben schon damit gerechnet, dass wir heute in eine ähnliche Situation kommen". Daraufhin

wurde die Debatte an einem zweiten Rednerpult fortgesetzt und die Sitzung konnte wie geplant ablaufen. Gabrysch selbst wurde ein Lösungsmittel gegeben und nach wenigen Minuten saß sie wieder auf ihrem regulären Platz im Plenum. Nicolin Gabrysch ist Vorsitzende der Partei Klimaliste. Ihre Kölner Wählergruppe Klimafreunde erreichte bei der Kommunalwahl 2 Prozent und ist seither mit 2 Abgeordneten im Parlament vertreten.

Der Zwischenfall zeigt wie weit entfernt diese Gruppen von der Demokratie sind. Jede Debatte, jeden Meinungsaustausch wollen sie unterbinden. Die Zeit des Redens ist für sie vorbei, stattdessen solle nun die Zeit des Handelns kommen. Nun gilt es sich gesamtgesellschaftlich hinter das Ziel der absoluten Klimaneutralität zu stellen, um den Kollaps gerade noch so zu vermeiden. Wer versucht den Parlamentarismus auf solche Art und Weise auszuschalten, der steht nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dass sie für ihre Aktion teilweise auch noch Applaus aus dem Plenum erhielt, ist bezeichnend.

https://pleiteticker.de/rache-fuer-berlinwahl-beschluss-befoerderung-der-verfassungsgerichts-praesidentin-einkassiert/ 9.12.2022

Rache für Berlinwahl-Beschluss? Beförderung der Verfassungsgerichts-Präsidentin einkassiert

Erst vor wenigen Wochen erklärte Ludgera Selting als Vorsitzende des Berliner Verfassungsgerichtshofes, dass die Berlin-Wahl komplett wiederholt werden muss. Jetzt sieht es so aus, als würde Selting dafür von der Politik die Quittung bekommen.

Am 16. November 2022 hat Ludgera Selting das Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofes zur Berlin-Wahl verkündet. Ihre Worte waren deutlich: Wegen „schwerer systemischer Mängel" in der Vorbereitung und einer „Vielzahl schwerer Wahlfehler" sei die Wahl ungültig und müsse komplett wiederholt werden. Sowohl das Abgeordnetenhaus als auch die Bezirksverordnetenversammlungen muss nun am 12. Februar neu gewählt

werden, selbst die Stimme für die Bundestagswahl wird voraussichtlich in vielen Berliner Wahlbezirken erneut abgegeben werden müssen.

Diese Entscheidung hatte nun allen Anschein nach negative Konsequenzen für die Karriere der 58-Jährigen. Am 7. Dezember sollte Selting laut Medienberichten zur Präsidentin des Amtsgerichtes Wedding gewählt werden. Vorgeschlagen worden war sie von Justizsenatorin Lena Kreck (Linke). Bisher ist sie hauptberuflich als Vize-Präsidentin des Landgerichtes tätig – den Vorsitz des Verfassungsgerichtshofes betreibt sie, wie alle Verfassungsrichter, rein ehrenamtlich.

Der Aufstieg zur Präsidentin des Landgerichtes Wedding wäre ein Karrieresprung für Selting gewesen – nun ist er offenbar kurzfristig einkassiert worden. Laut Informationen des Tagesspiegels hat der geheim tagende Richterwahlausschuss deutlich gemacht, dass es keine Mehrheit mehr für Selting geben werde. Die Justizsenatorin Lena Kreck (Linke) zog danach kurzerhand ihren Vorschlag zurück. Als Grund für den Stimmungswechsel wird in Richterkreisen anscheinend „Rache" für das Wahl-Wiederholungs-Urteil vermutet. Der Richterwahlausschuss setzt sich immerhin aus Mitgliedern eben des Abgeordnetenhauses zusammen, das kürzlich von Selting für nicht legitimiert erklärt wurde.

Gerade SPD, FDP und Linke könnten durch die Wahlwiederholung deutliche Einbußen verzeichnen. Dennoch: Wenn die Abgeordneten die Richterin wirklich dafür bestraft haben, dass sie eine Wahl wiederholen lässt, die sie selbst (bzw. ihre Parteikollegen) verpatzt haben, dann zeigt das vor allem eins: Die Berliner Politik hat für funktionierende Gewaltenteilung genauso wenig Verständnis wie für die Notwendigkeit einer korrekten Wahl-Durchführung.

https://pleiteticker.de/katar-korruption-vizepraesidentin-des-eu-parlaments-verhaftet/ 10.12.2022

Bei einer Großrazzia in Brüssel werden unter anderem eine Vizepräsidentin des EU-Parlamentes und der Generalsekretär des internationalen

Gewerkschaftsbundes festgenommen. Sie stehen im Verdacht, im Auftrag Katars politischen Einfluss ausgeübt zu haben.

In Brüssel sind bei einer Korruptions-Razzia diverse hochrangige Politiker und Funktionäre in Gewahrsam genommen worden. Das melden belgische Medien übereinstimmend. Unter den Festgenommenen ist nach AFP-Informationen auch die Vizepräsidentin des EU-Parlamentes, Eva Kaili. Auch ihr Lebensgefährte wurde verhaftet. Kaili werde nun von der Polizei befragt, verlautete es aus mit dem Fall vertrauten Kreisen. Die einzige Möglichkeit, einen durch seine Immunität geschützten Parlamentarier zu verhaften, besteht der lau belgischen Zeitung „Le Soir" darin, ihn auf frischer Tat zu ertappen. Auch der ehemalige sozialdemokratische Europaabgeordnete Pier Antonio Panzeri und Luca Visentini, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, wurden während der Razzia festgenommen.

Ermittelt wird laut der belgischen Bundesstaatsanwaltschaft wegen „bandenmäßiger Korruption und Geldwäsche". Es gehe um mutmaßliche Bemühungen eines Golfstaats, „die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen des Europäischen Parlaments zu beeinflussen, indem er beträchtliche Geldsummen zahlt oder bedeutende Geschenke macht". Laut Medienberichten soll es sich bei dem „Golfstaat" um Katar handeln. Eva Kaili selbst hatte immer wieder mit dem Emirat zu tun.

Kaili wurde von ihrer Partei, der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), aufgrund der Ermittlungen ausgeschlossen. Das teilte Parteichef Nikos Androulakis am selbigen Abend mit.

Insgesamt fanden der belgischen Bundesstaatsanwaltschaft zufolge 16 Durchsuchungen in Brüssel statt, einem der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments. Dabei habe die Polizei Datenträger und Mobiltelefone sowie Bargeld in Höhe von rund 600.000 Euro beschlagnahmt.

https://exxpress.at/korruptionsverdacht-im-eu-parlament-vier-verdaechtige-festgenommen/ 9.12.2022

Korruptionsverdacht im EU-Parlament: Vier Verdächtige festgenommen

Großeinsatz im EU-Parlament in Brüssel, und Katar soll dabei im Mittelpunkt gestanden sein. Das Emirat kommt derzeit aus den Negativschlagzeilen nicht raus. Die Fußball-WM steht unter keinem guten Stern, und nun sollen Vertreter des Golfstaates auch noch EU-Beamte mit Geld und Sachgeschenken bestochen haben. Heute gab's im EU-Parlament vier Verhaftungen.

Katar soll der Golfstaat sein, von dem die Bestechungen ausgegangen sind

16 Durchsuchungen und vorerst vier Festnahmen – das ist das Ergebnis einer großangelegten Razzia im Europäischen Parlament in Brüssel. Wie die belgische Staatsanwaltschaft dazu mitteilte, besteht der Verdacht auf Korruption und Einflussnahme. Im Fokus steht dabei ein Golfstaat, und wie die Zeitung „Le Soir" auf Twitter schreibt, soll es sich bei diesem Staat um Katar handeln. Das Emirat ist aktuell ohnehin in aller Munde. Bestechungen in Verbindung mit der aktuell laufenden Fußball-WM machten ebenso die Runde, wie die vielen toten Arbeiter bei diversen Bauarbeiten.

Bei Durchsuchungen: Handys beschlagnahmt und 600.000 Euro sichergestellt …….

https://exxpress.at/breaking-lebensgefaehrte-von-eva-kaili-legt-gestaendnis-im-eu-korruptionsskandal-ab/ 15.12.2022

Lebensgefährte von Eva Kaili legt Geständnis im EU-Korruptionsskandal ab!

Während seine Lebensgefährtin, Ex-EU-Vizepräsidentin Eva Kaili (44) noch versucht, sich aus den schweren Korruptionsvorwürfen herauszureden, hat ihr Lebensgefährte Francesco Giorgi (35) ein Geständnis abgelegt!

Giorgi war gemeinsam mit Kaili wegen des Verdachts der Bestechlichkeit verhaftet worden. Der parlamentarische Mitarbeiter der Sozialisten hat mit Kaili eine gemeinsame Tochter. Er hat nun alles gestanden!

Francesco Giorgi, der Partner der griechischen Europaabgeordneten Eva Kaili, hat Geständnisse über Korruption und Einmischung im Dienste Marokkos und Katars abgelegt! Das berichten als erstes die französische Zeitung "Le Soir" und die italienische Zeitung "La Repubblica".

Giorgi gab zu, Teil einer Organisation gewesen zu sein, die sowohl von Marokko als auch von Katar benutzt wurde, um sich in europäische Angelegenheiten einzumischen.

In seinem Geständnis gab Francesco Giorgi zu, dass seine Aufgabe in der "Organisation" darin bestand, Geld zu verwalten. Außerdem behauptete er, dass der ehemalige italienische Europaabgeordnete Pier Antonio Panzeri die angebliche Organisation geleitet habe.

Auf die Frage, ob er sich zu dieser Behauptung äußern wolle, antwortete Panzeris Anwalt, dass ihm "diese Information nicht vorliege". Rechtsanwalt Laurent Kennis: "Meine einzige Antwort ist, dass es außergewöhnlich ist, dass Sie Zugang zu diesem Dokument haben, während wir keinen Zugang dazu haben. Dies ist ein Verstoß gegen das Untersuchungsgeheimnis".

Auch Marokko ist in den Skandal involviert ……

https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/tiere/von-der-leyens-pony-gerissen-wolf-soll-getoetet-werden-18523321.html 9.12.2022

Wolf in der Region Hannover soll getötet werden

Die Region Hannover hat eine Abschussgenehmigung für einen Wolf erteilt, der für die Risse zahlreicher Nutztiere verantwortlich ist. Betroffen seien 13 Tiere, darunter vor allem Schafe, aber auch Rinder und ein Pferd*, sagte eine Behördensprecherin am Freitag der dpa. Zuvor hatte

die Tageszeitung „taz" berichtet, dass die Abschussgenehmigung seit Oktober bis zum 31. Januar 2023 für den Rüden mit der Kennung GW 950m gelte.

Dieser Wolf aus dem Rudel Burgdorf hatte Anfang September auf einer Koppel nahe Hannover ein 30 Jahre altes Pony gerissen. Es gehörte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU). Der Riss konnte dem Rüden durch eine genetische Untersuchung zugeordnet werden.

„Die ganze Familie ist fürchterlich mitgenommen von der Nachricht", hatte von der Leyen nach dem Wolfsangriff mitteilen lassen. Laut ihrem Sprecher war das alte Pony Dolly mit einem anderen Pony gemeinsam auf der Weide, dem anderen Tier gehe es gut. Vor kurzem hatte EU-Kommissionspräsidentin dann in einem Brief an Abgeordnete des Europäischen Parlaments angekündigt, den aktuellen Schutzstatus der Wölfe überprüfen zu lassen.

*Pferd: sehr unwahrscheinlich für einen einzigen Wolf, WENN überhaupt, dann im Rudel – haben die dort ihre Tiere nicht unter Kontrolle?? Und genetischer Nachweis – wie eindeutig soll der an einer Bisswunde mitten im genetischen Material des toten Tieres ausfallen?? Schon wieder eine PCR? Obwohl im Gegensatz zum „Virus" der Wolf existiert – aber ebenso wenig wie beim fiktiven Virus damit die SCHADWIRKUNG durch den Wolf nachgewiesen worden ist. Wovon soll hier abgelenkt oder worauf soll hingelenkt werden?

https://www.oe24.at/buzz24/woke-wahnsinn-mathematik-soll-ploetzlich-rassistisch-sein/538194196 7.12.2022

Woke-Wahnsinn: Mathematik soll plötzlich 'rassistisch' sein

Ein Vorschlag eines Bildungsinstituts sorgt mit seinen Aussagen für Kopfschütteln. Mathematik sei "rassistisch" und müsse "entkolonialisiert" werden.

Die "Quality Assurance Agency for Higher Education" machte wirren Aussagen auf sich aufmerksam. Das Institut in England fordert nun nämlich Hochschulen dazu auf, den Mathematik-Lehrplan zu "entkolonialisieren". Der skurrile Plan: Studenten sollen während des Mathematik-Unterrichts darüber aufgeklärt werden, welche Verbindung die Mathematik zu Sklavenhandel, Nazis oder Rassismus hat.

Naturgemäß hagelt es auch Kritik an dieser Idee. Britische Wissenschaftler meinen, durch eine solche Veränderung werde der Mathematik-Abschluss an einer Uni "politisiert". "Rassismus verabscheuen, aber man kann Rassismus verabscheuen, ohne sich der Theorie der Dekolonialität anzuschließen", so die Wissenschaftler in einem Brief. Auch die deutsche Soziologin Sandra Kostner zeigt sich gegenüber der BILD von den neuesten Entwicklungen besorgt. Für sie sei ein Zeichen der Zeit, dass Wissenschaft "ideologisch vereinnahmt werde".

"Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Wissenschaft ihre eigentliche Funktion nicht mehr richtig erfüllen kann: also den bestmöglichen Wissensstand zu erreichen, diesen an die Studierenden weiterzugeben und zum innovativen Denken anzuregen," so die Wissenschaftlerin gegenüber der BILD.

Bereits in den USA gab es 2021 eine ähnliche wirre Debatte. Damals wurde behauptete, Mathematik sei eine "weiße Vorherrschaft" und somit rassistisch. Auch empfahl eine Bildungsinitiative, die Schüler nicht nach den richtigen Lösungen bei Aufgaben zu fragen. Die noch fadenscheinigere Begründung: Da die Mathematik von "Weißen" dominiert werde, könnten sich "Schwarze" Menschen durch das Nicht-Wissen einer Lösung diskriminiert fühlen.

https://transition-news.org/grossbritannien-und-ukraine-unterzeichnen-abkommen-fur-verstarkte-digitale 10.12.2022

…… Kürzlich haben nun das Vereinigte Königreich und die Ukraine ein Handelsabkommen unterzeichnet, das der ukrainischen

Wirtschaft helfen soll, «sich zu erholen und die digitale Produktion beider Länder zu verbessern». Wie das Onlineportal Reclaim The Net mitteilt, enthalte dieses Abkommen über den digitalen Handel (DTA) auch eine Bestimmung über die Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Identität, bei der die Ukraine dem Vereinigten Königreich «angeblich viel über ID-Tracking-Technologie und die Verwendung digitaler IDs für den Zugang zu Dienstleistungen beibringen könne».

Die hochentwickelte digitale ID der Ukraine, Diia, werde bereits verwendet, um der Öffentlichkeit Zugang zu den meisten Online-Diensten der Regierung zu gewähren. Sie umfasse diverse digitale Berechtigungsnachweise: den Personalausweis, das Zertifikat des Identitätsanbieters (IDP) für den Netzzugang, die Geburtsurkunde, den Reisepass, den Führerschein, die Steuernummer, den Studentenausweis und den Fahrzeugschein.

Nach Angaben von Reclaim The Net verfüge das Vereinigte Königreich bisher über kein nationales digitales Ausweissystem; im Laufe der Jahre habe aber es «viele Vorbehalte gegen die Einführung eines nationalen Ausweises dieser Art» gegeben.

Das britische Ministerium für Internationalen Handel hegt hingegen keine Bedenken zur Datensicherheit der Bürger oder wegen einer digitalen Kontrolle nach chinesischem Vorbild.

Das DTA werde den Ukrainern den Zugang zu Finanzdienstleistungen ermöglichen. Das Abkommen sehe auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in den Bereichen neue Technologien und Cybersicherheit vor. In der Ankündigung heisst es weiterhin, dass es «die Sicherheit der britischen und ukrainischen Unternehmen und Menschen erhöhen werde». …….

Der Widerstand der Bürger gegen dieses Vorgehen sei gefragt, fordert LifeSiteNews, sowohl in Grossbritannien als auch in der Ukraine, denn es handle sich um ein «beängstigendes Programm zur totalen

Personenkontrolle». Beteuerungen über «angebliche positive Vorteile» dürfe man nicht vertrauen.

https://reclaimthenet.org/uk-ukraine-to-collaborate-on-digital-id-tech/ 4.12.2022

https://wim-zeitung.de/wer-plante-den-putsch-wirklich-geheimdienst-wir-hatten-die-kontrolle-seit-fruehjahr/ 10.12.2022

Wer plante den Putsch wirklich? Geheimdienst: Wir hatten die "Kontrolle" seit Frühjahr

Der angeblich gerade noch abgewendete Putsch ist eine Erfindung. Und sie kam aus der Schublade für den richtigen Moment, wie der Chef des Bundesverfassungsschutzes selbst, wenig gekonnt, kaum verdeckt zugibt.

Denn die angebliche Gruppe wurde seit dem "Frühjahr" durch den Geheimdienst gesteuert. Thomas Haldenwang gibt offen zu, dass hier nie eine Gefahr bestand bzw. dass man die Situation "jederzeit unter Kontrolle" hatte. Der Zeitpunkt der Großrazzia wurde nie konkret begründet, ganz offensichtlich, weil er keinerlei Rolle spielte.

Man brauchte etwas in petto für Situationen wie in Illerkirchberg, die eben mit der illegalen Massenmigration immer wieder passieren. Oder vielleicht auch für Zwecke im Zusammenhang mit möglichen großflächigen Stromausfällen, von denen immer häufiger bei Regierungsmedien die Rede ist.

In seiner ganzen Selbstherrlichkeit plauderte Haldenwang aus, wer den angeblichen Putsch tatsächlich kontrollierte. Wer wissen will, wie genau V-MännerInnen derartige Aktionen steuern und eingeschleust werden können und wie so eine Sache dann vor Gericht möglicherweise wegen Beteiligung des Verfassungsschutzes platzen oder mindestens sehr grotesk wirken kann, sollte recherchieren nach dem Suchbegriff "Gruppe S".

Eine Weisheit formuliere ich immer mit von mir gewählten Worten folgendermaßen: Inkompetenz und Korruption sind Schwestern. Aber Haldenwang setzt noch einen drauf und meint: “Wir hatten doch einen recht klaren Überblick über die Planungen…” Ohne die Worte des Behördenchefs bei ZDF Spezial am 7.12. fehlt dem interessierten Bürger eine ganz entscheidendes Element, um die Situation mit dem angeblich kurz bevorstehenden Putsch und den 3.000 “Polizeikräften” einschätzen zu können. (VIDEO)

https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/prozess-gruppe-s-aussage-informant-100.html 17.11.2022

Prozess um "Gruppe S": Polizei soll Falschaussagen provoziert haben

Beim Prozess gegen die so genannte Gruppe S. hat der wichtigste Kontaktmann der Polizei schwere Vorwürfe gegen das Landeskriminalamt Baden-Württemberg erhoben. Ermittler sollen ihn zu Falschaussagen aufgefordert haben.

Von Thomas Wöstmann

Um besseres Beweismaterial zu erhalten, drängten ihn die Ermittler zu Falschaussagen, schilderte Paul U. heute am Oberlandesgericht Stuttgart. Zwölf Männern, davon drei aus Nordrhein-Westfalen, wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben.

Prozess um "Gruppe S.": Zwei weitere Angeklagte freigelassen | mehr

Über Monate hatte der Informant 2019 das LKA auf dem Laufenden gehalten – vielfach wurde er vernommen. Wenn die Kameras ausgeschaltet waren, sollen ihn dann Beamte aufgefordert haben: er möge bestimmte Aussagen machen oder andere Dinge weglassen. Außerdem seien ihm Versprechungen über eine milde Strafe und über ein Zeugenschutzprogramm gemacht worden.

LKA inszeniert Kontrolle im Bahnhof

Inzwischen steht auch fest, dass das Landeskriminalamt 2019 eine Kontrolle der Bahnpolizei inszeniert hatte, bei der bei U. eine illegale Waffe gefunden worden war; nach Ansicht von Verteidigern "ein Druckmittel, damit U. weiter Informationen liefert".

Anderthalb Jahre lang hatte U. vor Gericht nicht über sein Verhältnis zur Polizei gesprochen. Jetzt brach er sein Schweigen. Er gilt als die Schlüsselfigur des gesamten Verfahrens. Vor allem auf seine Aussagen stützt sich die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft.

Prozess um Gruppe S.: Zeuge schildert Mordauftrag | mehr

Prozess Gruppe S.: „Für dumm verkauft" | mehr

Gruppe S.: Mordpläne gegen Polizeiinformant | mehr

Terror-Prozess um Gruppe S.: „Nur noch töten! Die werden alle bluten" | mehr

Über das Thema berichtete der WDR am 17.11.2022 in der Lokalzeit auf WDR2.

https://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_S.

Diese Seite wurde zuletzt am 10. November 2022 um 08:42 Uhr bearbeitet.

Die „Gruppe S.", benannt nach dem Gründer Werner S. (teils auch nach ihrem Führungskreis „Der harte Kern" benannt), war eine mutmaßlich rechtsterroristische Gruppe in Deutschland, die im September 2019 im Internet entstand und im Februar 2020 durch die Verhaftung von 12 Mitgliedern zerschlagen wurde. Nach bisherigen Ermittlungsergebnissen hatten sie sich in wenigen Monaten bewaffnet, Schießübungen abgehalten und Mordanschläge auf Muslime in Moscheen, auf prominente Politiker und Abgeordnete des Bundestages sowie der Antifa nahestehende Personen geplant. Im November 2020 klagte der Generalbundesanwalt (GBA) sie wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung an; im April 2021 begann der Strafprozess. ……

https://report24.news/bei-fake-erwischt-mdr-verwendete-uralt-video-zu-angeblichem-reichsbuerger-putsch/?feed_id=25613 14.12.2022

Bei Fake erwischt: MDR verwendete Uralt-Video zu angeblichem Reichsbürger-Putsch

Offenbar ist nicht nur die Beweislage hinsichtlich der Rentner-Gang, die angeblich ganz Deutschland erobern wollte, ziemlich dünn. Dank eines Leserhinweises konnten wir den MDR dabei ertappen, fünf Jahre alte Archivaufnahmen von der Festnahme eines Drogensüchtigen als aktuelle Reichsbürger-Verhaftung präsentiert zu haben. Die Bankrotterklärung der deutschen Medien könnte nicht perfekter ausfallen.

Am 8. Dezember und sehr wahrscheinlich auch zu anderen Gelegenheiten präsentierte der MDR in seiner Berichterstattung über den angeblichen Reichsbürger-Putschversuch Bilder einer Festnahme. Man sollte glauben, dass die für alle Systemmedien inszenierte PR-Aktion ausreichend Bildmaterial abgeworfen hätte – von "Geheimoperation" konnte bekanntlich keine Rede sein.

Beweis: MDR, Nach der Razzia gegen sogenannte Reichsbürger

Bilder der wenigen gefundenen Legalwaffen gaben wohl nichts her

Wenn man aber nur gesetzestreue Bürger, Rentner und "kleine Lichter" verhaftet, kann man keine "Fundstücke" stolz in die Kamera halten – dass die Dienstwaffe eines verhafteten Polizisten da nicht viel hergibt, sollte inzwischen bereits der mutmaßlich schwer verfassungsfeindlich agierenden Gruppe um Innenministerin Faeser klar sein.

Nicht gekennzeichnetes Uralt-Archivmaterial

Also mussten Waffen-Bilder von gefährlichen Irren her. Dazu bemühte der MDR das eigene Archiv und präsentierte Bilder aus 2018, als in Schlotheim ein Drogensüchtiger verhaftet wurde. Dieser war im Besitz von ein paar Schuss Munition (über deren Funktionsfähigkeit nichts bekannt ist) und einem afrikanisch anmutenden Zierspeer. Ob auch er damit damals ganz

Deutschland erobern wollte, ist unbekannt, Regierungsexperten um Innenministerin Faeser würden es möglicherweise bejahen.

Beweis: MDR Bericht vom 11. Oktober 2018, noch verfügbar auf Facebook und natürlich von uns auch inzwischen gesichert. ……

https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/merkel-medien-corona/ 15.12.2022

Enthüllung: Wie Merkel die Medien in der Corona-Politik steuerte

Jetzt kommt ans Licht, wie Kanzlerin Merkel seinerzeit die Berichterstattung willfähriger Medien zu ihren Corona-Lockdowns lenkte. Ein Bundestags-Gutachten fällt ein eindeutiges Urteil.

BERLIN. Es geht um nicht mehr als die Steuerung der wichtigsten Medien im Lande durch das Kanzleramt – ein für die Demokratie unerhörter Vorgang. Was jetzt im Zusammenhang mit vertraulichen Journalisten-Gesprächen der damaligen Regierungschefin Angela Merkel (CDU) über ihre Corona-Einschränkungen ans Licht kommt, hat das Zeug für einen handfesten Polit-Medien-Skandal.

Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages fällt zudem jetzt ein vernichtendes Urteil über das Zusammenwirken von Kanzlerin und Medien. Der stellvertretende Parlamentspräsident Wolfgang Kubicki (FDP), der die Studie in Auftrag gab, nennt die Journalisten-Gespräche vor den damaligen Bund-Länder-Konferenzen „rechtlich

fragwürdig". Dem Tagesspiegel sagte er, niemand könne nachvollziehen, „welche Kriterien die Bundesregierung bei der Auswahl ihrer Gesprächspartner angelegt hat".

Der Reihe nach: Merkel und ihr damaliger Regierungssprecher Steffen Seibert hatten jeweils am Tag vor wichtigen Bund-Länder-Konferenzen zur Festlegung von Corona-Einschränkungen eine Gruppe von Journalisten zusammengerufen. Dieser wurde klar gemacht, daß strenge Lockdown-Maßnahmen nötig seien. Durch die regierungstreuen Berichte sollte nicht nur die Bevölkerung manipuliert, sondern auch Druck auf noch schwankende Ministerpräsidenten ausgeübt werden. Letztlich stimmten immer alle Länderchefs zu, und die Medien diffamierten die Kritiker der Maßnahmen.

Medien als „Verkünder des Merkel-Narrativs"

Das nun vorliegende Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags „zur Informations- und Pressearbeit staatlicher Stellen" kritisiert die Medienpolitik der Kanzlerin deutlich: „Sowohl die Informationsweitergabe auf eigene Initiative als auch aufgrund eines Auskunftsersuchens darf nicht auf eine Reglementierung oder Steuerung der Medien oder eines Teils von ihnen hinauslaufen."

Genau das sei geschehen, meint Kubicki, „wenn Corona-Schilderungen in der vertraulichen Journalisten-Runde so eindringlich von Regierungssprecher Steffen Seibert dargestellt wurden, daß Druck auf die Ministerpräsidenten aufgebaut wurde". Er sei, so der FDP-Politiker, schon damals bei einer Anfrage zu den sogenannten Anhörungen von Experten, die ausschließlich den Regierungskurs gelten ließen, „auf eine Mauer des Schweigens gestoßen". Wissenschaftler, die einen Lockdown für übertrieben hielten, waren bei den Bund-Länder-Sitzungen auf Drängen des Kanzleramtes nicht zugelassen.

Kubicki spricht von einem „beispielloses Versagen", das „politisch kultiviert" wurde: „Die regelmäßigen journalistischen

Hintergrundgespräche von Regierungssprecher Steffen Seibert an den Tagen vor den unsäglichen Bund-Länder-Runden waren dazu da, eine öffentliche Stimmung zu erzeugen, die die politische Linie Angela Merkels stützte." Journalisten hätten sich damit „zu Verkündern des Regierungsnarrativs" gemacht. (fh)

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/steffen-seibert-ist-neuer-botschafter-in-israel-a-d8f67b94-ee8b-41dc-b265-23c0dec04047
9.8.2022

Steffen Seibert ist neuer Botschafter in Israel

Steffen Seibert war mehr als elf Jahre lang Regierungssprecher unter Kanzlerin Merkel – und sitzt nun auf einem der wichtigsten diplomatischen Posten. In Israel hatte der 62-Jährige jetzt seinen Antrittsbesuch.

Der ehemalige Regierungssprecher Steffen Seibert hat offiziell sein Amt als neuer Botschafter in Israel übernommen. Der 62-Jährige überreichte dem israelischen Präsidenten, Izchak Herzog, am Dienstag sein Beglaubigungsschreiben. »Die Freundschaft zwischen Israel und Deutschland ist ein Schatz, und es ist mir eine Ehre, daran zu arbeiten, sie zu stärken«, schrieb der 62-Jährige am Dienstag nach der offiziellen Zeremonie in Jerusalem auf Twitter.

»Ohne die Vergangenheit zu vergessen, blicken wir gemeinsam in die Zukunft«, teilte der israelische Präsident mit und lobte Deutschlands Engagement für Israels Sicherheit.

Seibert war mehr als elf Jahre lang Regierungssprecher unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Zuvor arbeitete er als Fernsehjournalist beim ZDF. In Israel übernimmt er den Posten von der bisherigen Botschafterin Susanne Wasum-Rainer, die dort Ende Juni ihren letzten Arbeitstag hatte.

https://test.rtde.xyz/inland/157196-neue-umfragen-zuspruch-fuer-partei/ 14.12.2022

Neue Umfrage: Partei von Sahra Wagenknecht könnte auf 19 Prozent kommen

Einer Partei von Sahra Wagenknecht ihre Stimme zu geben, können sich 19 Prozent der Deutschen vorstellen, wie eine Forsa-Umfrage ergab. Bereits früher hatten ähnliche Umfragen hohen Zuspruch konstatiert. Derweil sortierte die Linke sich am Wochenende in Leipzig neu. Während sich die Linke mit den Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan am Wochenende in einer "Leipziger Erklärung" zu sammeln versuchten, zeigen Umfragewerte nochmals, dass rund ein Fünftel aller Wähler sich vorstellen könnte, die Stimme einer neuen Partei der langjährigen Fraktionschefin der Linken, Sahra Wagenknecht, zu geben. Bisher ist diese nicht gegründet, doch ist damit zu rechnen und frühere Umfragen haben bereits gezeigt, dass es dafür offenbar starken Zuspruch gäbe. ……

Eine neue Partei der früheren Linken-Fraktionschefin spricht nicht nur 55 Prozent der Linken-Anhänger an, sondern auch 74 Prozent der AfD-Anhänger. Dass eine Stimmabgabe "vorstellbar" ist, bedeute nicht, dass am Ende eine Partei tatsächlich gewählt würde, erklärte Manfred Güllner, Chef des Forsa-Instituts, gegenüber dem stern, und sagte: "Sollte Sahra Wagenknecht aber tatsächlich eine neue Partei gründen, dürfte das nicht nur das Ende der ohnehin dahinsiechenden Linken bedeuten, sondern auch der AfD in erheblichem Maße schaden". ……..

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_100097670/franzoesische-ermittler-durchsuchen-bueros-von-macrons-partei.html 14.12.2022

Französische Ermittler durchsuchen Büros von Macrons Partei

Gegen den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dessen Partei stehen Vorwürfe der Begünstigung im Raum. In Paris sind nun Fahnder tätig geworden.

Frankreichs Justiz hat im Zuge von Ermittlungen zur Wahlkampffinanzierung von Präsident Emmanuel Macron Büros seiner Partei sowie der US-Beratungsfirma McKinsey durchsuchen lassen.

Die Durchsuchungen stünden in Zusammenhang mit Ende Oktober eingeleiteten Ermittlungen wegen eines Vorwurfs der unkorrekten Führung von Wahlkampfkonten. Auch ein Vorwurf der Begünstigung und der Beihilfe zur Begünstigung stehe im Raum, teilte die Finanzstaatsanwaltschaft am Mittwoch in Paris mit. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob Macron auf unerlaubte Weise von den Diensten der Beratungsfirma profitiert hat, gegen die seit dem Frühjahr Steuerermittlungen in Frankreich laufen.

Bei den Ermittlungen geht es um Macrons Präsidentschaftswahlkämpfe 2017 und 2022. Durchsucht wurden nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft der Pariser Sitz von McKinsey, der Sitz von Macrons Partei Renaissance sowie der Sitz des mit der Finanzierung der Partei befassten Vereins. Die Durchsuchungen wurden von Untersuchungsrichtern in Anwesenheit von Ermittlern der Pariser Fahndungsabteilung durchgeführt. …….